

Rede zum 1. Mai 2016, Basel

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich freue mich sehr, in diesem Jahr hier in Basel reden zu dürfen, denn Basel hat vor 50 Jahren als erster Kanton in der Deutschschweiz das Frauenstimm- und Wahlrecht eingeführt. Schneller als ihr waren nur noch die Waadt, Neuenburg und Genf. Ich gratuliere Basel-Stadt zu diesem denkwürdigen Jubiläum! Es gibt in diesem Jahr noch mehr zu feiern: 20 Jahre Gleichstellungsgesetz und 35 Jahre Gleichstellung von Frau und Mann in der Bundesverfassung. Doch ganz so froh wie beim Frauenstimm- und Wahlrecht machen uns diese Jubiläen nicht, denn es harzt an allen Ecken und Enden: die Kluft zwischen Frauen- und Männerlöhnen beträgt noch immer 15%. Und ohne Frauenquote wird sich in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen kaum was bewegen lassen. Eine Revision des Gleichstellungsgesetzes soll einen stärkeren Hebel gegen die Lohndiskriminierung bringen, hängt aber in der Luft wegen unklaren Mehrheiten im Bundesrat. Es ist unsicher, ob das überarbeitete Gleichstellungsgesetz überhaupt kommen wird und wenn es kommt, wird es ein zahmer Versuch. Es ist ganz klar wieder Zeit um ein Zeichen zu setzen: 25 Jahre nach dem grossen Fest des Frauenstreiks von 1991 rufen wir Gewerkschafterinnen dazu auf, am 14. Juni Pause zu machen. Eine lange Mittagspause als Warnung an die Politik und die Arbeitgeber – wenn ihr blockiert, können wir auch! Helft mit, dass die Aktion ein Erfolg wird.

Wir sind auf Bundesebene konfrontiert mit einer bürgerlichen Mehrheit. Zwar hat die Führungsspitze von SVP, FDP und CVP zurzeit einen Neuheitswert für die Medien, bringt aber nichts Neues. Man verharrt im ideologischen Schützengraben: Den Staat mit Sparprogrammen schwächen, Steuern senken für die Unternehmen, die soziale Absicherung kippen und natürlich den Arbeitsmarkt deregulieren: keine Arbeitszeiterfassung, kein Lohnschutz, keine Begrenzung der Ladenöffnungszeiten. Dafür aber freie Fahrt für Autos, alles Geld für die Strassen und die Energiewende bachab schicken. Diese destruktive Haltung ist nicht neu, was aber wirklich bedenklich ist, ist der enge Schulterschluss der Arbeitgeberverbände mit den rechtsbürgerlichen Ideologen.

Diese Politik setzt die Sozialpartnerschaft aufs Spiel und sie kennt nur ein Konzept: Demontage. Stellenabbau – schnurz! Lohndumping – schnurz! Lohndiskriminierung? Auch schnurz! Stattdessen will man uns weismachen, dass die AHV vor dem Kollaps steht und es das Rentenalter 67 braucht um sie zu retten. Man malt die Finanzperspektiven von Bund, Kantonen und Gemeinden rabenschwarz um Stellenkürzungen in den Verwaltungen durchzudrücken. Man droht mit massenhafter Abwanderung von Firmen und will maximale Steuersenkungen für die Unternehmen. Man macht auf Angst und gaukelt uns eine Schweiz in höchst prekärem Zustand vor.

Aber für die zwei wirklich existenziellen Herausforderungen hat man keinen Plan: wie soll die Beziehung mit der EU gerettet werden und wie will man das Problem der Frankenstärke lösen? Es sind eben nicht die Steuergeschenke an die Unternehmen, die Arbeitsplätze retten, sondern es ist der überbewertete Franken, der seit eineinhalb Jahren Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Und wir drehen ja selbst an dieser Schraube: Für 11 Mrd. Franken hat unsere Bevölkerung letztes Jahr im Ausland eingekauft. Man muss nicht viel Phantasie haben um sich vorzustellen, wie grausam der Druck für die einheimischen Detailhandelsangestellten ist. Verlängerte Ladenöffnungszeiten sind da schon ein recht zynisches Rezept. Und unser Problem mit der EU wächst und wächst. Wer am letzten Dienstag die Debatte im Nationalrat zu Kroatien verfolgt hat, ist echt besorgt: Orientierungslosigkeit und Aggressivität beherrschen die Politik.

Nein, auch wir haben die Lösung nicht. Auch wir können diesen beinharten Knoten nicht einfach durchhauen. Aber wir tun das, was wir wirklich gut können und was es jetzt ganz dringlich braucht: Wir stellen uns schützend vor die Rechte der Arbeitnehmenden und vor die sozialen

Errungenschaften. Wir sichern heute das Fundament einer Schweiz mit Zukunft. Einer sozialen Schweiz.

Wir können den Erfolg gegen die Durchsetzungsinitiative gar nicht hoch genug einschätzen. Es ist unser Erfolg, gemeinsam mit vielen anderen. Ein Erfolg der Anständigkeit und der Solidarität. Nichts ist mehr selbstverständlich. Es ist ein Erfolg, der uns zuversichtlich machen kann für die Auseinandersetzungen der nächsten Zeit: wir können dagegen halten! Gegen die Panikmache und gegen den Populismus. Gegen Realitätsverdrehungen und gegen brutale Interessenspolitik. Wir wissen jetzt wieder, dass wir Nein-Mehrheiten schaffen. Und sie wissen es auch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Projekt AHVplus haben wir die einmalige Chance, eine Ja-Mehrheit zu schaffen. Wir lassen nicht zu, dass die Altersvorsorge ein Abbauprojekt wird. Die AHV ist solide und belastbar. Und Investitionen wirken sich unmittelbar aus: nur schon ein kleiner Lohnabzug gibt viel mehr Rente! Unsere Initiative AHVplus will die Renten um 10% erhöhen. Dafür müssten wir Arbeitnehmende und die Arbeitgeber je 0.4 Lohnprozent hergeben. Kleiner Abzug, hohe Wirkung. Und es wäre nach 40 Jahren zum ersten Mal, dass für die AHV die Lohnbeiträge erhöht würden!

Diese Initiative können wir gewinnen. Die Bevölkerung identifiziert sich stark mit der AHV. Es gibt eine grosse Bereitschaft, dieses Sozialwerk zu stützen und zu stärken. Mit AHVplus schlagen wir einen Pflock ein für die Zukunft einer sozialen Schweiz. Es wäre ein ungeheurer Erfolg gegen all die Angstmache und Abbaupolitik. Wir könnten die politische Kultur komplett drehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vergessen wir aber auch nicht den Dauerbrenner der letzten Jahre, die Wohnkosten! Auch wenn kaum mehr jemand davon redet, aber wie wurde doch damit Stimmung gemacht im Vorfeld der Masseneinwanderungsinitiative! Unterstützt die Initiative des Mieterverbands für bezahlbaren Wohnraum, unterschreibt unbedingt! Auch diese Initiative ist ein Grundstein für die soziale Schweiz.

Und zum Abschluss darf ich Basel nochmals gratulieren, denn Basel hat im letzten Jahr einen überwältigenden Rechnungsabschluss gemacht mit einem Überschuss von 240 Mio. Franken. Und die noch bessere Nachricht dabei ist – das kommt nicht etwa vom Sparen oder von weniger Ausgaben, sondern von mehr Einnahmen durch Steuern von natürlichen Personen! Und die Finanzperspektiven der kommenden Jahre sollen auch sehr gut sein.

Basel ist also in der absolut glücklichen Lage, ins Gemeinwohl investieren zu können! Basel hat als Grenzstadt ganz viel Potenzial für Innovation. Es ist eine Drehscheibe für Infrastruktur und Logistik, hier soll ein Hub für den Güterverkehr entstehen. Und Basel ist Pionierin im Energiebereich. Wirtschaft und Politik stehen bekanntlich vornedran, wenn es um Investitionen in technische Infrastrukturen geht. Aber vergessen wir nicht, dass es auch andere existenzielle Bereiche fürs gesellschaftliche Funktionieren gibt. Zum Beispiel die Branche des Betreuens und der Pflege, und da müsste endlich in Löhne und in Arbeitsbedingungen investiert werden. Da herrschen prekäre Arbeitsbedingungen und es arbeiten viele Migrantinnen und Grenzgängerinnen in dem Bereich. Auch das ist Service public und auch da sollte Basel investieren, denn das ist die soziale Infrastruktur. Basel, tue Sinnvolles mit deinem Geld!

Ich danke euch und wünsche euch ein wunderbares Maifest!

Dore Heim, geschäftsführende Sekretärin SGB, Infrastruktur- und Energiepolitik, Service public